

**Schwerpunktthema**

- > **Stadtgrün statt Beton**
... weiter auf Seite 3
- > **Über Chlorhühner und unschädliches Bier**
... weiter auf Seite 4
- > **Gleimtunnel vor Teilabriss**
... weiter auf Seite 4
- > **Naziterror in Buch**
... weiter auf Seite 5
- > **Bonsai-Stadtwerk**
... weiter auf Seite 6

Festival? Was für'n Festival?**> „ecomobilty'festival,, ist Etikettenschwindel**

Die Idee des Pankower Bezirksstadtrates Kirchner (Grüne), ein sogenanntes „ecomobilty'festival“ im Helmholtzkiez abzuhalten, mit der er Anfang Mai Öffentlichkeit, Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung (BVV) überraschte, war Gegenstand der letzten Tagung der BVV. Im Kern geht es darum, 20.000 Mitbürger zwischen Danziger, Wichertstraße sowie Schönhauser und Prenzlauer Allee vier Wochen lang zu zwingen, ihre Privatfahrzeuge weit jenseits ihres Wohngebietes abzustellen, die Gewerbetreibenden im Gebiet zu nötigen, die Be- und Auslieferung von Waren auf Elektrofahrzeuge zu verlagern, um dann in dieser Zeit eine schöne, neue, elektrisch angetriebene Verkehrswelt zu simulieren. Oder, in der Sprache der Werbeagenturen, eine solche „erlebbar zu machen“.

Der Bezirksbürgermeister Köhne (SPD) beeilte sich, der Welt zu versichern, dass dieser Idee „der Stecker gezogen“ worden sei. Allein, die Debatte in der BVV beweist, dass das so

nicht ganz richtig ist. Denn einerseits wird die Vorbereitung einer solchen Veranstaltung nach wie vor vorangetrieben, andererseits werden konkrete Vorstellungen darüber mehr und mehr vernebelt. Insbesondere straßenverkehrsrechtlich ist derzeit überhaupt noch nichts geklärt.

Dass sich derzeit insbesondere die Konzerne Vattenfall und RWE in Berlin darum bemühen, die Konzession für ein stadtweites Netz von Stromtankstellen in die Hand zu bekommen, um ihrem im wahrsten Sinne des Wortes überflüssigen Braunkohlenstrom in Form von elektrischem Verkehr ein ökologisches Mäntelchen umzuhängen – und so aktiven Etikettenschwindel zu betreiben – war durchsichtig. Dass sie ein solches „Festival“ deswegen sponsern, zu erwarten.

Die Erkenntnis aber, dass es sich gar nicht um ein „Festival“, sondern schlicht um einen sogenannten Beta-Test der im Bereich der Elektromobilität tätigen Wirtschaft handelt, verdankt

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

die BVV-Debatte ausgerechnet einem der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. „Beta-Test“ bedeutet: Die neuesten Produkte und Entwicklungen der Industrie werden unter möglichst realitätsnahen Be-

Fortsetzung auf Seite 6

> **Bibliotheksgesetz**

Ein Antrag der CDU-Fraktion fordert für Berlin ein Bibliotheksgesetz. Um die bestehenden Bibliotheken und deren Finanzierung zu sichern, wäre ein solches Gesetz zwar sinnvoll. Ob es im Senat dafür Bereitschaft gibt, ist allerdings fraglich.

> **Mieterprotest**

Die Linksfraktion hatte gegen das rüde Vorgehen der GESOBAU gegenüber ihren kritischen Mietern protestiert, die Rot-Grüne Zählgemeinschaft beschwichtigt und lässt sich auf die Argumentation der Wohnungsbaugesellschaft ein. Immer mehr Mieter tun sich für ihre Interessen zusammen. Jüngstes Beispiel: „Stoppt Gounod 25“.

> **Spielplatz**

In der Kolonie Buch soll auf einem brachliegenden Grundstück ein generationenübergreifender Spielplatz entstehen. Die BVV-Fraktionen unterstützen das Ansinnen der Initiatoren. Leider gibt es einen riesigen Investitionsbedarf bei den Spielplätzen im Bezirk.

> **Abi für die WvH**

Die Gemeinschaftsschule Wilhelm von Humboldt, deren Entstehung ein zentrales Projekt der Linksfraktion Pankows war, hat sich als erfolgreiches Schulprojekt erwiesen. Deshalb soll in Zukunft möglich werden, dass Schülerinnen und Schüler dort bis zum Abitur gemeinsam lernen können.

> **E-Mobilität**

Nachdem der Plan des Grünen Stadtrates Kirchner, das Areal um den Helmholtzplatz für einen Monat nur mit Elektromobilen befahren zu lassen, zunächst gescheitert ist, wurde in der BVV am 21. Mai das Thema Elektromobilität debattiert. Während die CDU Großprojekten und Konzernen mit zweifelhaften ökologischen Bilanzen den Weg ebnet wollte und GRÜNE trotzig schmolten, machte die LINKE deutlich, dass eine solche Idee nur mit und nicht gegen die Anwohner umzusetzen ist.

Bedrohlich

> **BVV diskutiert über Nazi-Übergriffe in Buch**

Bisher wurde das Treiben der Rechtsradikalen in Buch von Piraten, Grünen und SPD distanziert betrachtet. Sie sahen wohl keinen Handlungsbedarf. DIE LINKE in Pankow stellt sich schon seit langem diesem Problem und ist aktiv.



S Bahnhof Buch

NPD und andere Rechtsextreme in Buch haben durch das Verkennen der Bedrohung an Selbstbewusstsein gewonnen. Zuletzt haben sie den EU-Wahlkampf der demokratischen Parteien, das heißt nun auch von SPD und Grünen, durch Präsenz, Umzingeln und Anschlägen eingeschüchtert. Aus diesem Anlass diskutierte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in ihrer aktuellen Stunde „Rechtsextreme Vorfälle im Bezirk Pankow“.

Sobald es um Rechtsradikalismus geht, verweist die SPD auf den 2007 ins Leben gerufenen Lokalen Aktionsplan Pankow (LAP), der – obwohl langfristig angelegt – nicht den Rechtsruck im Bezirk verhindern konnte. Leider ist

damit gegenüber der rechtsradikalen Bedrohung in Buch kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Dem Bezirksbürgermeister Matthias Köhne (SPD) ist bekannt, dass durch den Zuzug des Neonazi-Aktivisten, Christian Schmidt, die Lage in Buch bedrohlicher wird. Dennoch wird am LAP als einziges „Allheilmittel“ festgehalten.

Sicherlich ist der Aktionsplan sinnvoll. Es werden die lokalen Strukturen und Bündnisse gegen Rechts unterstützt, Orte für nachbarschaftliche Treffen ermöglicht und zusätzlich finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Was aber meist vergessen wird, ist, dass rechtsradikale Straftaten zu selten angezeigt, die Polizei Straftaten gerne verharmlost und die Menschen dadurch oft allein gelassen werden. Im Ergebnis geht damit die Einschüchterungstaktik der Rechtsextremen auf. Es bestätigt ihr Handeln, sie machen ungestraft und gestärkt weiter.

Unter uns: Es ist ein extrem frustrierendes Erlebnis für DIE LINKE in Pankow, wenn die rechtsextreme Bedrohung erst wahrgenommen wird, sobald es an die „eigene Haut“ geht. Die Linksfraktion hat immer wieder Anträge zu diesem Thema in die BVV eingebracht. Diese wurden entweder in die Ausschüsse verwiesen und damit nach und nach beerdigt oder gleich abgewiesen.

Allein der Antrag zur Errichtung einer Zentralen Antidiskriminierungsstelle in Pankow wurde im Ausschuss zum Prüfungsauftrag für das Bezirksamt, das dann die Ansicht vertrat, es bestünde kein Handlungsbedarf. Bei nochmaliger Einbringung des Antrags wurde der Antrag in drei Ausschüsse überwiesen. Und

nun wird aus der Zentralen Antidiskriminierungsstelle vielleicht ein Willkommens-Informationsflyer.

Jasmin Giama
Bezirksverordnete



Einladung BVV-Sitzung
am 2. Juli 2014

> **24. Tagung der BVV Pankow**
17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal
in der Fröbelstraße 17

Stadtgrün statt Beton

➤ **Rot-grüne BVV-Mehrheit will weiter bauen**

„Stadtgrün statt Beton“ - unter diesem Titel hat die Linksfraktion in die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 21. Mai einen Antrag eingebracht, mit dem das Bezirksamt



Spielplatz im Thälmannpark

ersucht wird, einen Bereichsentwicklungsplan für das Gebiet Thälmannpark - Anton-Saefkow-Park aufzustellen. Als städtebauliches Leitbild hat die Linksfraktion die Schaffung einer „Grünen Mitte“ für den Ortsteil Prenzlauer Berg vorgeschlagen. Den Bewohnern der umliegenden hochverdichteten Wohnquartiere soll das Gebiet ausgedehnte, verbundene Grün- und Freiflächen für die Erholung und öffentliche Orte der kulturellen und sportlichen Freizeitgestaltung bieten. Ergänzt um soziale Infrastruktur und das Verwaltungs- und Beratungsangebot des Bezirksamtes soll es ein neues grünes Zentrum bilden.

Die rot-grüne Mehrheit in der BVV schmetterte den Antrag der LINKEN ohne eine Diskussion in den Fachausschüssen ab. Für sie ist die Diskussion um die Zukunft dieses Stadtgebietes

mit der „Voruntersuchung des Thälmannparks“ und dessen öffentlicher Erörterung beendet. Die Bauflächen für den Wohnungsneubau seien bestimmt. Man wolle nicht durch eine Diskussion über neue Pläne Illusionen bei den Bürgern erwecken, dass daran noch etwas zu ändern sei.

Diese Ablehnung erfolgte wenige Tage vor dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld. Wie beim Masterplan des Senats geht es dem Bezirksamt sowie SPD und Grünen beim Thälmannpark vor allem um die Ausweisung von Wohnbauflächen für die baulandhungrige Immobilienwirtschaft. Die Entwicklung eines schlüssigen städtebaulichen Gesamtkonzeptes für diesen Stadtraum und seiner Aufgaben für die nachhaltige Entwicklung des Ortsteils Prenzlauer Berg bleiben dabei auf der Strecke und werden als Ballast abgeworfen. Um soziales Wohnen geht

es auch hier nicht, sondern nur um die Rendite der Grundeigentümer und Investoren.

Die grün-sozialdemokratische Ablehnung des Antrages der LINKEN ändert nichts am Erfordernis einer nachhaltigen städtebaulichen Steuerung der Entwicklung dieses Stadtgebietes. Die Anwohner, die ihren Willen mitzuwirken und mit zu entscheiden, eindrucksvoll zur Geltung gebracht haben, werden sich sicherlich so nicht abservieren lassen.

Die LINKE Pankow wird weiter auf eine städtebauliche Planung für das Gesamtgebiet drängen und stellt ihr Konzept „Grüne Mitte - Prenzlauer Berg“ öffentlich zur Diskussion.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Freilichtbühne mit neuem Betreiber

➤ **Saison 2014 ist gestartet**

2013 war es sehr ruhig um und auf der Freilichtbühne. Nur wenige Veranstaltungen waren möglich. Das hatte mit



den Lärmschutzaufgaben und - damit verbunden - der Begrenzung der Anzahl der Veranstaltungen und einer Kita-Baumaßnahme in der unmittelbaren Nachbarschaft zu tun.

Die schwierigen Rahmenbedingungen bestehen weiterhin. Aber mit viel Elan und interessantem Konzept möchte der neue Vertragspartner des Bezirksamtes Pankow mehr Leben auf die Freilichtbühne bringen. Seit 1. April 2014 betreiben die „Freunde der Freilichtbühne e. V.“ diesen Ort. Neben Veranstaltungen auf der großen Bühne wird es auch ein Programm auf einer kleinen Nebenbühne geben. Damit wird ein größeres Veranstaltungsspektrum - Kino, Konzerte, Lesungen, Puppen- und Kindertheater - möglich. Mit dem besonderen Kinoprogramm sollen Besucher angelockt werden. So ist der Donnerstag „DEFA-Tag“ und am Nachmittag gibt es Kinofilme für Familien und Kita-Gruppen.

Die Eröffnung der Saison hat auf der kleinen Bühne im Mai mit dem Hitchcock-Klassiker „Der unsichtbare Dritte“ und auf der großen Bühne mit einem Stummfilmkonzert begonnen. Der nächste Höhepunkt findet am 5. Juli 2014 auf der großen Bühne mit dem Traumzauberbaum und dem Reinhard-Lakomy-Ensemble statt! Ich wünsche dem neuen Betreiber ein interessiertes Publikum, ob groß, ob klein.



Christine Keil
Stadträtin für Jugend
und Immobilien

Vage Antworten

> **Debatte über gechlorte Hühner und unschädliches Bier**

Seit 2013 verhandeln Vertreter der EU und der USA das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP. Am 19.



Protest vor dem Reichstag gegen das Freihandelsabkommen

Mai begann die fünfte Verhandlungsrunde, 2015 soll das Vertragswerk unterschriftsreif sein. DIE LINKE sieht TTIP äußerst kritisch, geht es doch in erster Linie nicht um Zollfreiheiten, sondern um Gesetze, Vorschriften, Standards, Normen und Zulassungsverfahren. TTIP wird damit zentrale Bereiche unseres Lebens neu regeln.

Nachdem unsere Fraktion den Antrag einreichte, die Verhandlungen zu diesem Abkommen zu stoppen, stand das Thema am 22. Mai im Bundestag auf der Tagesordnung. Ein Höhepunkt war der Beitrag des wirtschaftspolitischen Sprechers der Unionsfraktion Joachim Pfeiffer, der versicherte: „Niemand ist an der Hotelbar durch Heineken-Bier geschädigt worden.“ Auch amerikanische Hühner bräuchten seiner Ansicht nach mehr Nachsicht, schließlich werden diese nicht mit Chlor gefüttert, sondern darin desinfiziert.

Auf meine Zwischenfrage an den SPD-Abgeordneten Wolfgang Tiefensee, wie dieser den Vorschlag seines Parteivorsitzenden bewerte, das Abkommen nur zu unterzeichnen, wenn der US-Geheimdienst NSA seine Spionage auf deutschem Boden beendet, gab dieser eine vage Antwort: „Es ist anscheinend selbst zwischen befreundeten Partnern nicht möglich, ein dringend notwendiges No-Spy-Abkommen

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



abzuschließen. Die TTIP-Verhandlungen für die Aufnahme eines entsprechenden Kapitels nutzen oder in Parallelverhandlungen die Unterzeichnung eines No-Spy-ähnlichen Abkommens erreichen zu wollen, ist aller Ehren wert.“ Beifall gab es dafür nicht mal vom Koalitionspartner.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestags

Rampe – Nein, danke.

> **100% Mauerpark**

Am Mauerpark befördern Senat und Bezirksamt Mitte – vom Protest der Bürger unberührt – weiter das Wohnbauprojekt der Groth-Gruppe. Die will 550 Wohnungen im hochpreisigen Marktsegment in lukrativer Lage am Mauerpark errichten. Nunmehr ist bekannt geworden, dass zur Erschließung der Wohnanlage Teile der Stützmauer des denkmalgeschützten Gleimtunnels abgerissen werden sollen, um dort unmittelbar neben den Wohnungen der kommunalen DEGEWO die Auffahrt-rampe zum neuen Wohngebiet und in dessen große Tiefgaragenanlage zu errichten.

Die SPD-CDU-Koalitionen auf Landes- und Bezirksebene vergolden Klaus

Groth Gewerbe- und Brachfläche zu hochpreisigem Bauland. Dazu wollen sie eine geplante Grünfläche betonieren und die Verschlechterung der Wohnqualität in einer öffentlichen Wohnanlage als Kollateralschaden in Kauf nehmen.

Die in der Mauerpark-Allianz engagierten Bürger aus Wedding und Prenzlauer Berg setzen ihren Widerstand gegen diese unsozialen, stadtschädlichen Bebauungspläne fort. Der Erfolg der Volksabstimmung zum Tempelhofer Feld, für die sie aktiv mitgestritten haben, macht Mut.



Bürgerprotest am 31. Mai gegen die Bebauung des Mauerparks

Als nächstes steht die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans I - 64 durch das Bezirksamt Mitte an. Die LINKEN aus Pankow und Mitte werden die Kampagne der Mauerpark-Allianz für möglichst viele Bürgereinwendungen gegen diesen Bebauungsplan aktiv unterstützen.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Kultur muss inklusiv sein

> **Barrierefreier Zugang zu Kunst und Kultur**

Nach der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland die Verpflichtung, Barrieren zur Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens abzubauen. Bislang ist das besonders in Zusammenhang mit den Schulen thematisiert worden.

Aber auch alle Angebote von Kultur und Weiterbildung sollten allen Menschen offen stehen. Über die materiellen Barrieren zu Kultureinrichtungen in Pankow haben Verwaltung und Politik inzwischen einen Überblick – aber damit ist das Thema Inklusion noch nicht im Ansatz erschöpft. Die Linksfraktion hat in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für ihren Antrag „Kultur muss inklusiv sein“ eine große Mehrheit gefunden. Nun ist das Bezirksamt am Zug: Bis zu den nächsten Haushaltsverhandlungen soll es einen Bericht vorlegen. Wir müssen wissen, was bisher angegangen wurde und vor allem, was noch zu erledigen

gen ist! Wir brauchen Zugänge zu unseren Galerien, die auch Menschen, die in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt sind, erlauben, die Ausstellungen und Veranstaltungen zu besuchen.

Wir müssen wissen, was zu unternehmen ist, um alle, die sich dafür interessieren, über die kulturellen Angebote so zu informieren, wie es für sie angemessen ist.

Wir müssen überprüfen, welche speziellen Angebote existieren und existieren sollten, damit Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen von ihnen profitieren können. Das können Kurse der Musik- oder der Volkshochschulen sein, spezielle Bestände der Bibliotheken oder Aus-



Wabe – Kultur auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks

stellungen des Museums. Wenn die Pankower BVV in die nächsten Haushaltsberatungen beginnt, müssen die Informationen über die notwendigen Schritte und deren Kosten zur Verfügung stehen.



DIE LINKE tritt dafür ein, dass kein Mensch von Pankows Kultur ausgeschlossen ist.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Naziterror in Buch

> **Gesicht zeigen für ein vielfältiges Buch**

Schon seit einigen Jahren sind die Nazis in Buch aktiv. Mit verschiedenen Aktionen haben AntiFa und Linke auf diese rechtsextremen Umtriebe aufmerksam gemacht. Nun haben diese Umtriebe einen neuen Höhepunkt erreicht.

Im Wahlkampf wurden Plakate der demokratischen Parteien zerstört, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer von SPD und Linken verfolgt, an ihren Infoständen belagert, fotografiert und auch tätlich angegriffen. Danach fand der Wahlkampf und vieles mehr unter Polizeischutz statt, darunter auch der gemeinsame, von einem breiten Bündnis getragene Aktionstag für ein vielfältiges und demokratisches Buch. Die Ausstellungseröffnung zum NSU wurde ebenso wie die Eröffnung des Bürgerbüros eines Abgeordneten

durch Nazis gestört. Sie üben Terror aus und meist nutzen sie dafür legale Mittel. Menschen fühlen sich von den Nazis bedroht, die sie fotografieren. Fotografieren ist nicht verboten. „Ein Objektiv kann man auch wie eine Waffe auf einen Menschen richten“, sagte mir eine Frau. Das stimmt und zum Glück sind immer mehr Bucherinnen und Bucher nicht mehr bereit, diesen Terror hinzunehmen. Beim letzten Aufmarsch der Nazis zeigten viele schon lautstark ihren Unmut.

Zum Glück gibt es Moskito, die Netzwerkstelle gegen Rechtsextre-



Fußgängerzone in Buch

mismus, die viel Unterstützung leistet. Aber auch die Politik ist gefordert, die Zivilgesellschaft in Buch zu stärken. Hier geht es in erster Linie darum, Gesicht zu zeigen – für ein vielfältiges und demokratisches Buch.



Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses



E-Ladesäule an der Kulturbrauerei

Fortsetzung von Seite 1

dingungen ausprobiert, im „wirklichen Leben mit wirklichen Menschen“. Alles Gerede von einem „Festival“ ist nur der von Werbeagenturen darüber gelegte Zuckerguss, um zu verschleiern, dass rund 20.000 Pankowerinnen und Pankower in einem vierwöchigen Ausnahmezustand zu Versuchskaninchen der Wirtschaft gemacht werden sollen.

Damit ist die Katze endlich aus dem Sack. Nun versteht man, warum sich die vorgeblich so wichtige Bürgerbeteiligung nicht um die Frage, ob man so etwas veranstaltet drehen soll, sondern sich mit der Frage, welche Farbe die Wimpel haben sollen, die dabei über die Straße gespannt werden, beschränkt.



Der Grünen-Fraktion ist für die klaren Worte in der BVV ausdrücklich zu danken.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Bonsai-Stadtwerk

> SPD und Union täuschen Wähler

„Senat gründet Stadtwerk“, so die Schlagzeilen wenige Tage vor der Volksabstimmung über die Rekommunalisierung der Energieversorgung im Herbst letzten Jahres. Hektisch beschlossen SPD und CDU kurz vor Toresschluss ein Gesetz zur Bildung eines Stadtwerks. Der Volksentscheid sei damit überflüssig, hieß es.

DIE LINKE und die anderen Oppositionsparteien warnten damals: Das Gesetz der Koalition zur Bildung eines Stadtwerkes sei ein Täuschungsmanöver. Ausgestattet mit nur fünf Millionen Euro und der Auflage nur eigen produzierten Strom zu verkaufen, könne nur ein „Bonsai-Stadtwerk“ als Alibi entstehen.

Nun ist es heraus: Unsere Warnung hat sich bestätigt. Das Stadtwerk à la SPD und CDU wird ein Stadtwerk ohne Kunden sein - ein echter Schildbürgerstreich! Denn die Berliner Wasserbetriebe, als deren Tochtergesellschaft das Stadtwerk entstehen soll, haben festgestellt: Mit der gesetzlichen Auflage, nur selbstproduzierten Strom verkaufen zu dürfen, wäre der Aufbau einer Vertriebsorganisation zu teuer,

da die Strommenge zu klein ist. Deshalb soll das Stadtwerk nur Strom in das allgemeine Netz einspeisen, aber keinen Strom an private Kunden verkaufen.

Wie es anders gehen kann, hat in Hamburg das landeseigene Unternehmen „Hamburg Energie“ gezeigt. Es verkauft neben selbstproduzierten Strom auch zugekauften Strom. So hat Hamburg mittlerweile fast 100.000 Kunden und kann mit den Erlösen in den Aufbau regenerativer Erzeugungsanlagen investieren. DIE LINKE fordert deshalb eine Änderung des Berliner Gesetzes, um eine Entwicklung wie in Hamburg und ein Stadtwerk, das diesen Namen verdient, zu ermöglichen.

Gleichzeitig hat DIE LINKE den Senat aufgefordert, mit den Eigentümern der GASAG – Vattenfall, E.on und GDF Suez – Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, eine Mehrheit bei der GASAG zu übernehmen. Mit einer Mehrheit an der GASAG könnte Berlin ein großes und schlagkräf-



Das Gaswerk an der Dimitroffstraße im Jahr 1971, Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-K1016-008; Foto: Horst Sturm, 16. Oktober 1971

tiges Stadtwerk aufbauen. Bereits heute investiert die GASAG in die Erzeugung erneuerbarer Energien. Sie könnte den Aufbau dezentraler Kraft-Wärmekopplung und die Entwicklung quartiersbezogener Energiekonzepte vorantreiben. Die Chancen für den Erwerb einer Mehrheit an der GASAG stehen nicht schlecht, denn Vattenfall und E.on haben bereits 2010 versucht, sich von ihren Anteilen zu trennen. DIE LINKE wird weiter Druck machen, damit der Senat handelt und nicht eine weitere



Chance für eine ökologische und soziale Energiepolitik verspielt.

Harald Wolf
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tempelhofer Botschaft

> Wende in der Stadtentwicklungspolitik?

Vielleicht wird in 20 oder 30 Jahren der Tag des Volksentscheides über die Bebauung des Tempelhofer Feldes als ein historisches Datum gewürdigt werden. Als jener Tag, an dem über 700.000 Berlinerinnen und Berliner – gegen den erklärten Willen der Regierung und breiter Kreise des politischen Establishments – eine Wende in der Berliner Stadtentwicklungspolitik eingeleitet haben.

Eine Wende hin zu einer an den Interessen des Gemeinwesens orientierten Nutzung von Grund und Boden, gegen den Ausverkauf der Stadt an Immobilienunternehmen. Vielleicht aber wird uns auch nur ein weitgehend unbebautes Feld bleiben. Als eine Erinnerung daran, was Berlin einst so lebenswert machte, bevor immer mehr Grünflächen und Freiräume zugebaut wurden.

SPD und CDU haben für ihre Bebauungspläne eine schallende Ohrfeige bekommen. Das Versprechen, dort vor allem bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, nahmen ihnen die Berlinerinnen und Berliner schlicht nicht ab. Ihre bisherigen Erfahrungen sprechen dagegen. Wenn in Berlin gebaut wird, dann meist teuer. Selbst das, was als „günstig“ dargestellt wird, also Kaltmieten von sechs bis acht Euro pro Quadratmeter, ist für viele nicht erschwinglich. Und so wiegt solche Bautätigkeit den Verlust an Grünflächen, an Frei- und Erholungsräumen, die das Leben in Berlin so einzigartig machen, nicht auf.

Das Ergebnis des Volksentscheids ist ein wichtiger Erfolg. Ob er zu einer grundsätzlichen Wende in der Stadtentwicklungspolitik führen wird, ist



Bleibt frei – das Tempelhofer Feld

offen. Es hängt auch von uns ab, ob die Botschaft von Tempelhof am Thälmannpark, am Spreeufer, am Alexanderplatz, im Mauerpark und anderswo ankommt. Nicht die Interessen der Bau- und Immobilienlobby, sondern die Bedürfnisse der Menschen, sowohl nach Wohnraum als auch nach einem lebenswerten Umfeld, müssen im Zentrum einer neuen Stadtpolitik stehen.



Klaus Lederer
Landesvorsitzender
DIE LINKE Berlin

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

23. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

26. Juni • 15 Uhr Vortrag/Diskussion „Lise Meitner – Aus dem Leben einer Atomwissenschaftlerin“, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

30. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

• **18 Uhr Diskussion/Vortrag „Machtorgan und Mittendrin: Die Berliner Volkspolizei und ihr Handeln 1989.“**, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

7. Juli • 18 Uhr Basistag, diesmal von der Linksfraktion in der BVV, im BVV-Saal

• **19.30 Uhr Bezirksvorstand im Fraktionszimmer**

17. Juli • 18 Uhr Neumitgliedertreffen in der Regionalgeschäftsstelle

28. Juli • 19 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Regionalgeschäftsstelle

18. August • 19 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Regionalgeschäftsstelle

25. August • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

1. September • 18 Uhr Basistag im Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus (KLH), Kleine Alexanderstraße 28

• **19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes im KLH**

2. September • 19 Uhr Vortrag/Diskussion „Schicksalsjahr 1939“, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

8. September • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

9. September • 16 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach (MdB) im Bucher Bürgerhaus, Franz-Schmidt-Straße 8, Raum 121

11. September • 14.30 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach, MdB, im Amtshaus Buchholz, Berliner Str. 24

15. September • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

17. September • 17.30 Uhr 25. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

20. September • 14 Uhr Exkursion „Prenzlauer Berg 1989: Szene-Bezirk zwischen Verfall und Aufstand“, Helle Panke e.V., Treffpunkt: Konnopke's Imbiss, U Eberswalder



Stammtisch

> Sternstunden

Die 100 Meter Fußweg vom Wahllokal bis zum Eisernen Gustav reichten aus, um die Trinkwünsche zu sammeln. Lena als Erste: süßen Rotwein. Anne: „Mir ist heute nach Sekt.“ „Aus Protest“, so Manfred, „bleibe ich bei Bier und Korn. Es muss doch auch Konservative geben“. Mein entsetzter Wunsch: „Auch Bier und Korn. Was ist denn los, hat Euch jemand gebissen?“ Anne: „Was wollt Ihr? Noch herrscht in Deutschland die parlamentarische Demokratie, da kann man sagen und trinken was man will.“

Manfred: „Mehr aber auch nicht. Die Spielarten der Demokratie wurden in den letzten Jahren geändert. Im Namen der Freiheit und Demokratie wurde in Libyen das Staatsoberhaupt erschossen. Im Namen der Menschenrechte wurde Jugoslawien bombardiert. Heute aber gibt es richtige Sternstunden. Der

Berliner Senat bekommt eine knallende Backpfeife, weil das Tempelhofer Feld erhalten bleibt. Volkswille setzt sich durch.“ Anne: „Und wie sehen wir die Ukraine? Ist das auch der Volkswille?“ „Nein“, meine Ergänzung, „der gewählte Volkswille wurde zerschlagen. Der frühere Präsident wurde abgesetzt, eine Neuwahl des Parlaments fand nicht statt und die erste Handlung des neuen Präsidenten ist ein verstärkter Militäreinsatz gegen Aufständische im Osten. Diktatorische Züge treten offen zu Tage. Und dennoch, mit solch brutalen Zügen den Kampf um die bürgerliche Macht zu führen, das ist neu.“ Manfred: „Es beginnen neue Zeiten. Die heilige Kuh des Bürgertums, die Demokratie wurde umgeschrieben. Wir haben eine neue Musterrezeptur. Und die ist nicht aus Schokolade. Eine solche Form der bürgerlichen Demokratie hatten wir noch nicht.“ Anne: „Erleben wir die Geburtsstunde der neuen brutalen Demokratie?“ Die Wirtin, selbst ein Glas Sekt in der Hand, stieß mit uns an und

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 4. Juni 2014
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 29. September 2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Frank Schwarz, Sandra Kaliga, Sandra Brunner, Michail Nelken

Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE Berlin
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
 BLZ: 100 200 00
 Verwendungszweck: 810-505

gratulierte zur Sternstunde Tempelhofer Feld. – Na denn Prost!

Klaus Flemming

SUDOKU mittel Vitamine für's Gehirn schwer

			1	3	4		7	
				8				
			7		5	2		
	4							5
				7	2			
	2				3			9
	5	4		1				2
7	6		3	5			9	
9		1					5	

		8	7					5	
						5			8
7	4	5					2		
5							3	7	
4	6					7			
					3	2	4		
		4							
		1		7					
	3			8					2

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.